Würden Sie Ihr Schulkind hier betreuen lassen?

Die Geburtenzahlen steigen, die Schulkinder brauchen mehr Fläche: Das bringt viele urbane Gemeinden ans Limit. Sie müssen zu ungewöhnlichen Lösungen greifen: in Beizen, Kirchen oder auf einem Polizeiposten

René Donzé, Mirko Plüss

FLORIAN SPRING FÜR «NZZ AM SONNTAG»



Hier werden Schülerinnen und Schüler über Mittag verpflegt: Kulturzentrum «Heitere Fahne» in Wabern bei Bern. (25. Juni 2022)

Der riesige Totenkopf mit den Blumenaugen grinst. Er steht auf der Terrasse des Kulturzentrums «Heitere Fahne» in Wabern bei Bern. Vor dem Eingang rauchen zwei junge Männer Selbstgedrehtes. In diesem alternativen Lokal ist der Mittagstisch für das Dorfschulhaus Wabern untergebracht. An den Holztischen werden Kinder neben Bier-Zapfhahnen verpflegt. «Ein besonders kreatives Beispiel» sei das, sagt Baudirektor Thomas Brönnimann.

Ein Beispiel dafür, wie sich die Gemeinde Köniz, zu der Wabern gehört, nach der Decke strecken muss, um der wachsenden Kinderschar Herr zu werden. In den letzten acht Jahren investierte die Stadt jedes Jahr rund 20 Millionen Franken in Schulräume. Die freien Rasenflächen bei Schulhäusern werden für Erweiterungen gebraucht. Dafür spielen die Schüler nun auf dem nahen ehemaligen Friedhof zwischen den letzten Grabsteinen Fussball.

Köniz ist Schweiz. Vor zehn Jahren zählte das Land rund 860 000 Schülerinnen und Schüler von Kindergarten- bis Sekundarschulalter. 2029 dürfte laut Bundesamt für Statistik die Millionengrenze überschritten werden. Das führt nicht nur zu einem allgegenwärtigen Lehrermangel – knapp wird auch der Raum.

Brönnimann bezeichnet den Berner Vorort Köniz mit seinen 43 000 Einwohnern und vielen Büros der Bundesverwaltung als «heimliche zweite Bundesstadt». Er zeigt auf eine riesige neue Überbauung mit teuren Wohnungen oberhalb der Gurtenbahn-Station. «Wir rechneten damit, dass hier vor allem kinderlose Paare oder Einzelpersonen einziehen würden», sagt er. «Gekommen sind Familien mit Kindern.»

Die Schweiz erlebt seit ein paar Jahren einen grundlegenden Wandel. Familien zieht es nicht mehr aufs Land, sondern in die Städte und deren Vororte. Dort sind die Arbeitswege kurz, es gibt mehr Betreuungseinrichtungen – ideale Bedingungen für Alleinerziehende oder Doppelverdiener mit Kindern. Entsprechend müssen städtische Gegenden ihren Schulraum ausbauen. Zürich plant durchschnittlich zwei neue Schulbauten pro Jahr, Bern eine.

3000 zusätzliche Klassen

Auf die ganze Schweiz gerechnet, ergibt sich ein riesiger Bedarf, zumal sich die Zunahme geografisch nicht gleichmässig verteilt: In den nächsten zehn Jahren müssen die Wachstumsgemeinden Raum für rund 3000 zusätzliche Klassen erstellen. Das sind noch einmal so viele, wie es bereits in den letzten zehn Jahren zusätzlich benötigte. Dies ergaben Modellrechnungen, die die Firma Eckhaus AG mit ihrer Datenbank Eckdaten.ch für die «NZZ am Sonntag» durchgeführt hat. Das Unternehmen beliefert Entscheidungsträger und Planer mit Prognosen als statistische Grundlagen für ihre Bedarfsberechnungen. Würden all diese 3000 zusätzlichen Räume in neuen Gebäuden erstellt, ergäbe das einen Bedarf von rund 200 neuen Oberstufen- und Primarschulhäusern sowie 250 neuen Kindergärten.

Theoretisch müsste also beinahe eine neue Schuleinheit pro Woche entstehen. Die Realität ist eine andere: Sie besteht aus Provisorien und Improvisationen. So wird etwa in Wil (SG) derzeit die ehemalige Polizeiwache zu Schulraum für zwei Klassen umgebaut. «Es dürfte für die Kinder ein sehr spannendes Schuljahr werden», sagt Stadtrat Jigme Shitsetsang. «Neben altem Polizeimaterial hat es in den Räumen auch ehemalige Gefängniszellen.» In Wil werden Kinder auch in städtischen Büros und einem zweistöckigen Coiffeursalon unterrichtet.

Die Stadt Zürich wiederum baut Schulräume unter anderem in einem ehemaligen Radiostudio ein – und sie will die Kirche Wipkingen zu einem Betreuungs- und Verpflegungsraum umnutzen. Die Stadt Basel hat das Garderobengebäude des Gartenbades Bachgraben in ein Schulhaus verwandelt und einen Kindergarten in einem ehemaligen Restaurant einquartiert. Vielerorts werden Räumlichkeiten der Kirchgemeinden für Horte oder Mittagstische genutzt. Die rückläufigen Mitgliederzahlen der Kirchen sind eine Chance für wachsende Schulen.

Wenn eine Schule überhaupt keinen Platz mehr findet, dann klingelt das Telefon bei Olivier Annaheim. Der Chef der Winterthurer Condecta AG nennt seine Schul-Container «modulare Räume». Vielen sehe man den Unterschied zu normalen Klassenzimmern nicht an. «Mit einem Baustellen-Container hat das nicht mehr viel zu tun.» Das Geschäft läuft gut. Die Condecta hat als Marktführerin rund 1500 Module vermietet und 1000 verkauft. Dazu kommen nochmals 1000 vermietete Container anderer Anbieter. Die Stadt Zürich setzt auf eigene sogenannte Züri-Module. Annaheim geht von einer weiter steigenden Nachfrage aus: «Wir rechnen bei der Modulvermietung noch mindestens für die kommenden fünf Jahre mit einer jährlichen Zuwachsrate von zehn Prozent.»

«Der grosse Treiber ist der zunehmende Betreuungsbedarf der Kinder.»

Es sind indes nicht die steigenden Schülerzahlen allein, die die Gemeinden an ihre Grenzen bringen. «Der grosse Treiber ist der zunehmende Betreuungsbedarf der Kinder», sagt Friederike Pfromm. Sie ist leitende Expertin beim Ingenieurbüro Basler und Hofmann und berät Gemeinden bei der Schulraumentwicklung, dabei stützt sie sich unter anderem auch auf die Zahlen von Eckdaten.ch. Immer mehr Eltern lassen ihre Kinder in der Schule nicht nur schulen, sondern auch verköstigen und betreuen. Das heisst, dass es zusätzlich zu den rund 3000 neuen Schul- und Kindergartenräumen auch noch Platz für Betreuung und Mittagstische braucht. Der Flächenbedarf dafür hänge stark von der Gemeinde ab, sagt sie. Eine einfache Faustregel gibt es nicht.

Klar ist, dass die Kosten immens sind. Pfromm schätzt aufgrund von firmeneigenen Benchmarks, dass allein die 3000 zusätzlichen Klassenräume vier bis fünf Milliarden kosten werden. Eine Umfrage bei Städten und Kantonen zeigt: Diese rechnen mit einem Vielfachen dieses Betrags für Schulinvestitionen, weil sie auch alte Schulhäuser sanieren, neue Turnhallen erstellen und teure Provisorien errichten müssen. So geht allein die Stadt Zürich von zwei Milliarden Franken für die nächsten zehn Jahre aus, Bern von 820 Millionen, Lausanne von 500 Millionen. Da sind die kantonalen Gymnasien noch gar nicht mitberücksichtigt. Der Kanton Zürich gibt eine Milliarde für zwei neue Gymnasien sowie Erweiterungen und Provisorien aus. Die Waadt braucht gleich vier zusätzliche Mittelschulen, der Kanton Aargau deren zwei. Auch Bern, Schwyz und Zug müssen ausbauen.

Das Messer am Hals

Nur unweit des alten Dorfschulhauses von Wabern steht das Schulhaus Morillon. Baudirektor Brönnimann zeigt, wo ein Anbau für knapp 30 Millionen Franken gebaut werden soll. Diesem fällt eine weitere Spielwiese zum Opfer. Der Verdichtung im Wohnungsbau folgt die Verdichtung im Schulhausbau. «Wir haben das Messer am Hals», sagt er. Nicht nur der Platz wird knapp. Köniz ist ein Fall für eine finanzielle Sanierung und kann sich keine weiteren Investitionen mehr leisten. Wegen der vielen Schulbauten müsste die Stadt die Steuern erhöhen, doch lehnten dies die Stimmberechtigten ab. Heute Sonntag wird erneut abgestimmt. Bei einem Nein übernimmt der Kanton die Finanzhoheit.

Wie konnte es so weit kommen, dass so viele Schweizer Gemeinden auf dem falschen Fuss erwischt wurden? Die Frage führt von Köniz nach Adliswil bei Zürich. Dort ist Sonja Schiffner in der Stadtverwaltung für Liegenschaften zuständig. Sie hat sich im Rahmen einer Masterarbeit mit der Planung von Schulbauten befasst. Sie sagt, dass eine Kombination verschiedener Faktoren die Gemeinden ans Limit bringt. Im Kanton Zürich haben die Schulbaurichtlinien 2009 den Flächenbedarf um 24 Prozent erhöht, dazu kommen Betreuungsangebote, Wohnbautätigkeit, Verdichtung und Geburtenzuwachs. Dabei müssen die Gemeinden vorausschauend handeln: In der Regel dauert es sieben Jahre von der Planung bis zum Bezug eines neuen Schulhauses. Kinder kommen aber schon mit vier Jahren in den Kindergarten. «Schulraumprognosen sind sehr komplex und mit grossen Unsicherheiten behaftet.» Es lohne sich, grosszügig und vorausschauend zu planen oder zumindest Erweiterungen vorzubereiten: «Je grösser das geplante Volumen, desto günstiger werden die einzelnen Klassenräume.» Müssen später Provisorien errichtet werden, werde es teurer.

Kommt dazu, dass Schulhausbauten nicht selten durch Rekurse blockiert werden: Anwohner fürchten den Lärm oder spielende Kinder in ihren Vorgärten. Eltern wehren sich gegen Provisorien, wie etwa den Umbau eines Gewerbehauses in Bern, weil zu wenig Umschwung für die Kinder besteht. Solches ist auch Brönnimann ein Greuel, obwohl es im Könizer Stadtteil Liebefeld genügend leerstehende Gewerbeliegenschaften gäbe. «Als Vater würde ich mein Kind dort nicht hinschicken wollen», sagt er. Er steht vor einer Wiese, die die Stadt kürzlich erwerben konnte, hier sollen Spielflächen für Kinder bereitgestellt werden.

Brönnimann sagt, es sei nicht nur für die Kinder wichtig, dass die Gemeinden gute Schulhäuser erstellten. «Wir wollen den Lehrpersonen ein guter Arbeitgeber sein.» In Baracken und Büros wolle niemand unterrichten. Ein wichtiges Argument angesichts des Lehrermangels. Dann doch lieber den Kindern Mittagessen im «Heitere Fahne» servieren.

Zwei Perspektiven



Thomas Brönnimann (GLP) ist Baudirektor der Gemeinde Köniz, zuvor war er Bildungsdirektor. Er ist auch Mitglied des Berner Kantonsparlaments.



Friederike Pfromm ist leitende Expertin für Schulraumentwicklung beim Ingenieurbüro Basler und Hofmann. Zuvor war sie Luzerner Stadtbaumeisterin.